

Fragen

**für die Fragestunde der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. Dezember 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Ernst-Reinhard (Reutlingen) (CDU/CSU) ..	7	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	20, 21	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	8, 9
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU) ..	5	Reinke, Elke (DIE LINKE.)	14, 15
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP)	4, 19	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	26, 27	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	10, 11
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	1, 2	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	17, 18
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	29, 30	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	16

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Welche vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Studienstiftungen sind von der Finanzkrise betroffen, und in welcher Weise?

2. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Wann und mit welchen Änderungen wird eine reformierte Ausbildereignerverordnung (AEVO) von der Bundesregierung in Kraft gesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den Vorschlägen des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, ein, das Abstimmungsverfahren oder Entscheidungsquorum im Bundesrat so zu verändern, dass die einfache Mehrheit der Stimmen entscheidend ist, und welche Pläne hat die Bundesregierung, einen Vorschlag mit dem Ziel der Veränderung des Entscheidungsquorums oder Abstimmungsverfahrens im Bundesrat vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

4. Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das in der vergangenen Woche vom Bundestag verabschiedete Erbschaftsteuergesetz einen erheblichen bürokratischen Aufwand insbesondere für mittelständische Familienbetriebe in der Land- und Forstwirtschaft verursacht, und wie ist dieser erhöhte bürokratische Aufwand mit dem von der Bundesregierung mehrfach erklärten Ziel des Bürokratieabbaus vereinbar?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von den Menschenrechtsverletzungen durch Ausschreitungen von Hindus gegen Christen im indischen Bundesstaat Orissa in diesem Herbst, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ggf. bislang ergriffen, um hier entgegenzuwirken?
6. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gedenkt die Bundesregierung, das für diesen Monat in Kabul angesetzte Gerichtsverfahren gegen den Hauptverantwortlichen (im Gutachten des Kabuler UNHCR vom 22. Dezember 2004 Hayat genannt) wegen der Beteiligung am Überfall auf die aus dem Exil zurückgekehrte Familie Z. vom 27. Juni 2004 zu beobachten?
7. Abgeordneter
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der deutschen Menschenrechtspolitik gegen die geplante Enteignung und Entwidmung des im Jahr 397 n. Chr. gegründeten und seit dem intakten Klosters Mar Gabriel im Gebiet Tur Abdin durch die türkische Justiz und die damit verbundene Vertreibung der derzeit 60 dort ansässigen Personen etwas zu unternehmen, und wenn ja, was?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

8. Abgeordneter
Christian Lange
(Backnang)
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für möglich, dass die Angaben über die Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2005 (im XVII. Hauptgutachten der Monopolkommission 2006/2007) auf einer fehlerhaften Datenbasis basieren und somit auch die Ergebnisse und die daraus gezogenen Schlüsse falsch sein könnten, bzw. wie sonst erklärt sich die Bundesregierung die gravierende Veränderung der Datenbasis zwischen dem Berichtsjahr 2003 (XVI. Hauptgutachten 2004/2005) und dem Berichtsjahr 2005, nachdem in Deutschland im Berichtsjahr 2003 mindestens 514 454 Konzerne und sonstige Unternehmensgruppen existiert haben, denen 173 645 mehrheitlich kontrollierte Unternehmen angehören (Tz. 197, Tabelle I.1.2), und im Berichtsjahr 2005 nur von 117 793 Konzernen und sonstigen Unter-

nehmensgruppen mit 195 502 Unternehmen ausgegangen wird (Tz. 152, Tabelle I.4; Tz. 165, Tabelle 1.7)?

9. Abgeordneter
Christian Lange (Backnang)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die empirischen Ergebnisse im Konzentrationsbericht selbst, der von lediglich 118 168 Konzernen und Unternehmensgruppen mit 40 459 Unternehmen ausgeht (Tz. 165, Anlage Tabellen B.1 und B.2), was einen Wegfall von über 75 Prozent innerhalb von zwei Jahren bedeutet, für glaubwürdig?
10. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung – auch im Vergleich zu dem von ihr vorgelegten Tourismusbericht – aus dem am 26. November 2008 vorgestellten „Sparkassen-Tourismusbarometer Deutschland 2008“ für die Tourismuspolitik der Bundesregierung?
11. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat bisher aus Sicht der Bundesregierung die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent für die Tourismuswirtschaft, und welche Auswirkungen hätte stattdessen die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes gehabt?
12. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Personen in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wussten bereits vor Juni 2008 von der radioaktiven Kontamination von Laugen (Lösungen) in der Schachanlage Asse II, und welche Entscheidung traf man in der BGR, wie mit der Kenntnis über die Kontamination umzugehen sei, die die BGR durch den GSF-Quartalsbericht 1/2006 über die „Verfüllung des Tiefenaufschlusses“ – erhalten vom niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) im Juni 2006 – erlangte?
13. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erstmals über die radioaktive Kontamination von Laugen (Lösungen) in der Schachanlage Asse II informiert – insbesondere durch die BGR –, und welche Entscheidung traf man im BMWi, wie mit dieser Information umzugehen sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

14. Abgeordnete
Elke Reinke
(DIE LINKE.)
- Inwiefern erachtet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Inanspruchnahme des Vermittlungsbudgets im Rahmen des am 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, das Änderungen im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II, und SGB III) nach sich zieht, allein im Ermessen des Vermittlers liegt und kein Rechtsanspruch darauf besteht, als zielführend, und auf welche Weise werden dadurch die ersetzten bisherigen Instrumente (u. a. Freie Förderung, Bewerbungskosten, Mobilitätshilfen) aufgefangen?
15. Abgeordnete
Elke Reinke
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung auf Grund des Urteils des Hessischen Landesozialgerichts (Az. L6 AS 336/07), nach dem die Hartz-IV-Regelsätze nicht ausreichen, um das soziokulturelle Existenzminimum abzudecken, und folglich gegen das Grundgesetz verstoßen, und wird die Bundesregierung den zahlreichen von Sozialverbänden und Wissenschaftsinstituten vorgelegten Expertisen folgen, die einen deutlich höheren – als im Zuge des Siebten Existenzminimumberichts vorgesehenen – Eckregelsatz (z. B. 440 Euro) für zwingend notwendig erachten (falls nein, bitte begründen)?
16. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Nach welchen Tarifverträgen wurden bzw. werden die seit 2005 bis heute bei der Bundesagentur für Arbeit (vgl. Bundestagsdrucksache 16/11114, Antwort zu Frage 16) eingesetzten Leiharbeiter bezahlt, und welchen Stundenlohn erhielten bzw. erhalten diese?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

17. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen laufen gegenwärtig zur sozialen Flankierung der Umsetzung des „Konzepts für eine zukunftsfähige Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), insbesondere hinsichtlich altersteilzeitlicher Regelungen?

18. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.) In welchem Zeitrahmen sollen die Maßnahmen umgesetzt werden?
19. Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
(FDP) Welche Auswirkungen auf den Milchpreis in Deutschland erwartet die Bundesregierung durch die im Rahmen der EU-Gesundheitsüberprüfung im November 2008 vollzogene Änderung des Fett-Korrekturfaktors von 0,18 auf 0,09 und die damit verbundene Quotenerhöhung von zusätzlich 1,3 Prozent im nächsten Milchwirtschaftsjahr?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

20. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) Wie verlaufen in der Bundesregierung sowie zwischen Bundesregierung und Bundestag die Abstimmungsprozesse/die Entscheidungsfindungen zu haushaltswirksamen Festlegungen und zum aktuellen Maßnahmenpaket zur Stärkung der Wirtschaft, wenn der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, in einem Interview mit der „Freien Presse“, Chemnitz (15. November 2008, S. 6) den Eindruck vermittelt, er habe die alleinige Entscheidungsbefugnis (zum Maßnahmenpaket im Allgemeinen: „Meine Vorschläge für ein Investitionsprogramm Verkehr und Gebäude bringen allein 2009 zwei Milliarden Euro mehr an Investitionsmitteln“; zur Bahnverbindung Dresden–Berlin: „Das Geld habe ich bereitgestellt, die Bauarbeiten beginnen 2009“; zur Sachsen-Franken-Magistrale/Elektrifizierung Abschnitt Reichenbach–Hof: „Ich habe ihn im Maßnahmenpaket der Bundesregierung verankert“), und inwiefern stimmen seine Aussagen mit tatsächlich getroffenen Entscheidungen inhaltlich wahrheitsgemäß überein?
21. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) Hat es außer dem von Bundesminister Wolfgang Tiefensee öffentlich genannten Entlassungsgrund für den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Matthias von Randow (Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee hatte Matthias von Randow mit der Begründung entlassen, dass das Vertrauen zu ihm gestört sei, weil

Matthias von Randow den Bundesminister nach dessen Aussage erst im September 2008 darüber informiert habe, dass er im Aufsichtsrat Bonuszahlungen in Millionenhöhe für den Vorstand der Deutschen Bahn AG für den Fall ausgehandelt habe, dass der Vorstand die Teilprivatisierung erfolgreich abschließt) noch einen anderen Entlassungsgrund gegeben, wenn nein, warum wird Matthias von Randow nicht wieder eingestellt, da der oben genannte Grund gemäß der Befragung des Bundesministers Wolfgang Tiefensee im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages am 5. November 2008 eindeutig nicht gerechtfertigt war?

22. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie sollen nach Auffassung der Bundesregierung die Gewinne der DB Mobility Logistics AG verwendet werden, nachdem der Börsengang abgesagt wurde und damit Gewinne der DB Mobility Logistics AG nicht an Dritte ausgeschüttet werden müssen, und inwieweit hält die Bundesregierung die Verwendung der Gewinne der DB Mobility Logistics AG für weitere Zukäufe im Logistikbereich für sinnvoll?

23. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung des Logistikmarktes insbesondere vor dem Hintergrund des Scheiterns des Amerika-Engagements der Deutschen Post AG ein, und wie beurteilt die Bundesregierung das Engagement der bundeseigenen Deutschen Bahn AG auf dem Logistikmarkt?

24. Abgeordnete
**Elisabeth
Scharfenberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auch angesichts der vielerorts entstehenden Bürgerinitiativen gegen den Neu- und Ausbau von Autobahnrastanlagen, die bisher nicht im Bedarfskonzept des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) berücksichtigten Autohöfe in das Nebenbetriebssystem der Autobahnen einzubeziehen, wenn sie in den vom Bedarfskonzept vorgegebenen Abständen von rd. 50 bis 60 km zur nächsten bewirtschafteten Tank- und Rastanlage liegen, und welche Rolle spielt das telematisch gesteuerte Parken auf Tank- und Rastanlagen?

25. Abgeordnete
**Elisabeth
Scharfenberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass die Stellplätze der Autohöfe für die Abdeckung des Gesamtbedarfs für den Schwerverkehr dringend erforderlich sind und der Gesamtbedarf an Stellplätzen für Lkw an der Autobahn selbst nur teilweise abgedeckt wird, den Bedarf, die Autohöfe in das Bedarfskonzept aufzunehmen, und welche Bedingungen müssten Autohöfe erfüllen, um in das Bedarfskonzept aufgenommen zu werden?
26. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Eisenbahnkreuzungen mit Straßen in kommunaler Baulast befinden sich an der Schienenstrecke zwischen Bad Schwartau und Puttgarden, die laut dem deutsch-dänischen Staatsvertrag über den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung „spätestens sieben Jahre nach der Eröffnung“ der festen Fehmarnbelt-Querung von einer ein- zu einer zweigleisigen elektrifizierten Schienenstrecke ausgebaut werden soll?
27. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)
- Würde die laut dem deutsch-dänischen Staatsvertrag über den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung „spätestens bis zur Eröffnung“ der festen Fehmarnbelt-Querung vorgesehene Elektrifizierung der teils zwei-, teils eingleisigen Schienenstrecke zwischen Lübeck und Puttgarden die Anwendung von § 13 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes zur Folge haben, und wenn ja, wie viele Straßen in kommunaler Baulast wären davon betroffen?
28. Abgeordneter
**Rainer
Steenblock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung trotz stark veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen und der Tatsache, dass bisher noch nicht feststeht, in welcher Form eine feste Querung über den Fehmarnbelt realisiert werden wird (Tunnel oder Brücke) und somit auch die ökologischen Auswirkungen des Projektes in keinster Weise bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden können, an dem Plan fest, das Bundeskabinett im Dezember 2008 über den Bau der Brücke entscheiden zu lassen?
29. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche sicherheitstechnischen Gründe dazu geführt haben – ausgelöst durch die Radachsenkontrollen an ICE-Zügen –, dass der Fahrplan so geändert wurde, dass die ehemals einheitliche Fahrstrecke Hamburg–Berlin–Leipzig–München jetzt zu einer Zweiteilung in der

Art gekommen ist, dass die Fernverkehrsstrecke Hamburg–Berlin nach wie vor im Stundentakt und größtenteils mit ICE bedient wird, während die Strecke Berlin–Leipzig–München nur noch grundsätzlich im Zweistundentakt und mit Ersatzzügen bedient wird?

30. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Falls die Bundesregierung entsprechende Kenntnisse hat, welche Gründe waren dies?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

31. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Absicht vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, zukünftig den Bau von Kohlekraftwerken zu subventionieren, und falls ja, zu welchen Konditionen?

32. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Verbrennung von Mindergetreide zukünftig in der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (1. BImSchV) zuzulassen, und falls ja, zu welchen Konditionen?

33. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Studie des Öko-Instituts im Auftrag des WWF, derzufolge die von der Bundesregierung geforderte Ausweitung der Anerkennung von Klimaschutzprojekten im Ausland (sog. CDM-/JI-Projekte) im Rahmen des Europäischen Emissionshandels dazu führen kann, dass weniger als ein Fünftel der nominellen deutschen Emissionsreduktionen tatsächlich im Inland erbracht werden?

34. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind Medienberichte zutreffend, dass die Bundesregierung, anders als vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, zunächst gefordert, bei den Verhandlungen über die Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels die kostenlosen Zuteilungen von Emissions-

zertifikaten nicht mehr davon abhängig macht, dass die betroffenen Industrien im internationalen Wettbewerb stehen, und welcher prozentuale Anteil der deutschen Industriebetriebe wäre danach von der Auktionierung der Zertifikate ausgenommen?

